

Weindorftage ab 2025 ausweiten

Ein absolutes Highlight in Stuttgart ist das jährliche Weindorf in der Stuttgarter Innenstadt, das im Spätsommer Ende August beginnt und bis in die erste Septemberwoche andauert. Seit mittlerweile über 45 Jahren ist es ein Besuchermagnet für Menschen aus nah und fern. Die Gastronomen des Weindorfs geben sich auch immer stets große Mühe, eine herausragende Atmosphäre zu schaffen. Ihre kunstvoll geschmückten Weinlauben sprechen während der Weindorftage für sich.

Bei gutem Wetter profitieren während der zwölf Veranstaltungstage alle Beteiligten. In den stark frequentierten Weinlauben genießen die Besucherinnen und Besucher schwäbische Spezialitäten und verkosten das ein oder andere Glas Wein aus der Region. Für die Weindorfwirte ist der hohe Besucherandrang elementar, da sie einen erheblichen logistischen Aufwand betreiben, der mit beträchtlichen Kosten einhergeht.

Die ausgelassene Stimmung kann jedoch auch schnell getrübt werden, denn schlechtes Wetter lässt das Stuttgarter Weindorf buchstäblich ins Wasser fallen. Insbesondere für die Gastronomen des Weindorfs sind Regentage eine mittlere Katastrophe, da sie dadurch schmerzhaft finanzielle Verluste hinnehmen müssen.

Wegen der unvorhersehbaren Wetterbedingungen schlagen die Wirte deshalb aktuell eine Verlängerung der Weindorftage vor, um finanzielle Einbußen an regnerischen Tagen besser abfedern zu können.

Als CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützen wir dieses Ansinnen uneingeschränkt, da das Fest während seiner Veranstaltungstage rund um den Marktplatz für eine angenehme Atmosphäre sorgt. Die Stadt Stuttgart sollte hier schnell und unkompliziert handeln und eine Verlängerung der Weindorftage ab 2025 gestatten, auch wenn unternehmerisches Handeln immer ein gewisses finanzielles Risiko birgt.

Die genaue Dauer, ob es ab 2025 künftig siebzehn Tage sein sollen, was dem Wunsch einiger Gastronomen des Weindorfs entsprechen würde oder ob sogar drei Wochen denkbar wären, sollte in bilateralen Gesprächen zwischen den Weindorfwirten und der Stadtverwaltung geklärt werden.